

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

Verordnung (EWG) Nr. 2124/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen	1
Verordnung (EWG) Nr. 2125/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	3
Verordnung (EWG) Nr. 2126/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis	5
Verordnung (EWG) Nr. 2127/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis	7
* Verordnung (EWG) Nr. 2128/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 betreffend Anhang XXIII der Verordnung (EWG) Nr. 4136/86 über die gemeinsame Einfuhrregelung für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Drittländern	9
* Verordnung (EWG) Nr. 2129/91 der Kommission vom 18. Juli 1991 zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für die Waren des KN-Codes 2921 19 10 mit Ursprung in Brasilien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	13
* Verordnung (EWG) Nr. 2130/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1609/88 hinsichtlich des letzten Termins für die Einlagerung der gemäß Verordnung (EWG) Nr. 570/88 verkauften Butter	14
Verordnung (EWG) Nr. 2131/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1627/89 über den Ankauf von Rindfleisch durch Ausschreibung	15
Verordnung (EWG) Nr. 2132/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 mit Sicherungsmaßnahmen betreffend die im Sektor Rindfleisch eingereichten Anträge auf Erteilung von EHM-Lizenzen für den Handel mit Portugal	17

Verordnung (EWG) Nr. 2133/91 der Kommission vom 18. Juli 1991 über die Einfuhrlizenzen für aus den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) oder aus den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) stammende Erzeugnisse des Sektors Milch und Milcherzeugnisse	18
* Empfehlung Nr. 2134/91/EGKS der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung der Empfehlung Nr. 556/91/EGKS über die gemeinschaftliche Überwachung der Einfuhren bestimmter EGKS-Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern	19
Verordnung (EWG) Nr. 2135/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten	21
Verordnung (EWG) Nr. 2136/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festlegung von Sicherungsmaßnahmen betreffend die im Zeitraum vom 8. bis 12. Juli 1991 im Austausch mit Spanien eingereichten Anträge auf EHM-Lizenzen im Sektor Rindfleisch	24
Verordnung (EWG) Nr. 2137/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 über das Ausmaß, in dem den im Juli 1991 für die Einfuhr von bestimmten Schweinefleisch-erzeugnissen eingereichten Lizenzanträgen stattgegeben werden kann	25
Verordnung (EWG) Nr. 2138/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 über das Ausmaß, in dem den im Juli 1991 für die Einfuhr von bestimmten Geflügelfleisch eingereichten Lizenzanträgen stattgegeben werden kann	27
Verordnung (EWG) Nr. 2139/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung der bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwendenden Berichtigung	28
Verordnung (EWG) Nr. 2140/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Reis und Bruchreis	31
Verordnung (EWG) Nr. 2141/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker	34
Verordnung (EWG) Nr. 2142/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand	36
Verordnung (EWG) Nr. 2143/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung des Grundbetrags der Einfuhrabschöpfung für Sirupe und bestimmte andere Erzeugnisse des Zuckersektors	38
* Verordnung (EWG) Nr. 2144/91 der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Durchführung einer besonderen Interventionsmaßnahme in Form einer Beihilfe für die private Lagerhaltung für in Griechenland erzeugten Hartweizen zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1991/92	40

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

91/367/EWG :

* Beschluß des Rates vom 26. Juni 1991 über den Abschluß des Weizenhandels-Übereinkommens 1986 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986, die zusammen das Internationale Weizen-Übereinkommen 1986 bilden, in der bis zum 30. Juni 1993 verlängerten Fassung	43
--	-----------

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2124/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgriß und Feingriß von Weizen
oder Roggen anwendbaren EinfuhrabschöpfungenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3577/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen
und Roggen, Grobgriß und Feingriß von Weizen zu
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1844/91 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregel-
ung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung inHöhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichti-
gungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs,
der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der
Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem
bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrech-
nungskurse stützt und auf den der im vorausgehenden
Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird.Diese Wechselkurse sind die am 18. Juli 1991 festge-
stellten Kurse.Der vorgenannte Berichtigungsfaktor bezieht sich auf alle
Berechnungselemente der Abschöpfung, einschließlich
der Äquivalenzkoeffizienten.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
1844/91 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen
Angebotspreise und Notierungen, von denen die
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeu-
gnisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang
festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 168 vom 29. 6. 1991, S. 1.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungsbetrag
0709 90 60	130,18 ⁽²⁾ ⁽³⁾
0712 90 19	130,18 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1001 10 10	164,55 ⁽¹⁾ ⁽²⁾
1001 10 90	164,55 ⁽¹⁾ ⁽²⁾
1001 90 91	153,40
1001 90 99	153,40
1002 00 00	135,42 ⁽⁶⁾
1003 00 10	138,44
1003 00 90	138,44
1004 00 10	112,43
1004 00 90	112,43
1005 10 90	130,18 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1005 90 00	130,18 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1007 00 90	137,68 ⁽⁴⁾
1008 10 00	31,13
1008 20 00	113,58 ⁽⁴⁾
1008 30 00	26,95 ⁽⁵⁾
1008 90 10	⁽⁷⁾
1008 90 90	26,95
1101 00 00	227,76 ⁽⁸⁾
1102 10 00	202,59 ⁽⁸⁾
1103 11 10	268,05 ⁽⁸⁾
1103 11 90	245,98 ⁽⁸⁾

⁽¹⁾ Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

⁽²⁾ Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen unmittelbar bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in die französischen überseeischen Departements erhoben.

⁽³⁾ Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

⁽⁴⁾ Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 erhoben.

⁽⁵⁾ Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

⁽⁶⁾ Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10) und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22) bestimmt.

⁽⁷⁾ Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

⁽⁸⁾ Die Abschöpfung wird bei der Einfuhr in Portugal um den in Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3808/90 genannten Betrag erhöht.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2125/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

**zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl
und Malz hinzugefügt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3577/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15
Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und
Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1845/91 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in

Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtig-
ungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs,
der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der
Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem
bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrech-
nungskurse stützt und auf den der im vorausgehenden
Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 18. Juli 1991 festge-
stellten Kurse.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-
Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden
Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden,
wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geän-
dert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verordnung
(EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöp-
fungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus Dritt-
ländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 168 vom 29. 6. 1991, S. 4.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 7	1. Term. 8	2. Term. 9	3. Term. 10
0709 90 60	0	0	0	0,83
0712 90 19	0	0	0	0,83
1001 10 10	0	0	0	3,13
1001 10 90	0	0	0	3,13
1001 90 91	0	0	0	0
1001 90 99	0	0	0	0
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 90	0	0	0	0
1004 00 10	0	0	0	0
1004 00 90	0	0	0	0
1005 10 90	0	0	0	0,83
1005 90 00	0	0	0	0,83
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	0	0

B. Malz

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 7	1. Term. 8	2. Term. 9	3. Term. 10	4. Term. 11
1107 10 11	0	0	0	0	0
1107 10 19	0	0	0	0	0
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2415/90 DER KOMMISSION

vom 20. August 1990

über die Einfuhrlizenzen für aus den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) oder aus den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) stammende Erzeugnisse des Sektors Milch und MilcherzeugnisseDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,)gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 715/90 des Rates
vom 5. März 1990 über die Regelung für landwirtschaftliche
Erzeugnisse und bestimmte aus landwirtschaftlichen
Erzeugnissen hergestellte Waren mit Ursprung in den
Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifi-
schen Ozean (AKP-Staaten) oder in den überseeischen
Ländern und Gebieten (ÜLG) (1), insbesondere auf Artikel
27,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr.
1150/90 der Kommission (2) beschließt die Kommission,
in welchem Maße den Anträgen auf Erteilung von
Einfuhrlizenzen stattgegeben werden kann. Die betref-
fende Einfuhr muß jedoch im Rahmen eines Kontingents
getätigt werden.Die Lizenzerträge überschreiten die verfügbaren Mengen.
Infolgedessen ist der Prozentsatz festzusetzen, um den die
beantragten Mengen zu verringern sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1150/90
zwischen dem 1. und 10. August 1990 gestellten und der
Kommission gemeldeten Lizenzanträge werden für die
darin angegebenen Mengen, multipliziert mit dem Koeffi-
zienten 0,9524, angenommen.Die Sicherheit wird entsprechend dem Unterschied
zwischen der beantragten Menge und der Menge freige-
geben, für die die Lizenz erteilt wurde.*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

(1) ABl. Nr. L 84 vom 30. 3. 1990, S. 85.

(2) ABl. Nr. L 114 vom 5. 5. 1990, S. 21.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis

(ECU/Tonne)

KN-Code	Regelung gemäß Verordnung (EWG) Nr. 3877/86	AKP/ÜLG Bangladesch (¹)(²)(³)(⁴)	Drittländer (außer AKP/ÜLG) (⁵)
1006 10 21	—	150,83	308,87
1006 10 23	202,67	131,51	270,22
1006 10 25	202,67	131,51	270,22
1006 10 27	202,67	131,51	270,22
1006 10 92	—	150,83	308,87
1006 10 94	202,67	131,51	270,22
1006 10 96	202,67	131,51	270,22
1006 10 98	202,67	131,51	270,22
1006 20 11	—	189,44	386,09
1006 20 13	253,34	165,29	337,78
1006 20 15	253,34	165,29	337,78
1006 20 17	253,34	165,29	337,78
1006 20 92	—	189,44	386,09
1006 20 94	253,34	165,29	337,78
1006 20 96	253,34	165,29	337,78
1006 20 98	253,34	165,29	337,78
1006 30 21	—	234,07	492,00 (⁶)
1006 30 23	422,87 (⁷)	270,02	563,82 (⁸)
1006 30 25	422,87 (⁷)	270,02	563,82 (⁸)
1006 30 27	422,87 (⁷)	270,02	563,82 (⁸)
1006 30 42	—	234,07	492,00 (⁶)
1006 30 44	422,87 (⁷)	270,02	563,82 (⁸)
1006 30 46	422,87 (⁷)	270,02	563,82 (⁸)
1006 30 48	422,87 (⁷)	270,02	563,82 (⁸)
1006 30 61	—	249,64	523,98 (⁹)
1006 30 63	453,32 (⁹)	289,86	604,42 (⁹)
1006 30 65	453,32 (⁹)	289,86	604,42 (⁹)
1006 30 67	453,32 (⁹)	289,86	604,42 (⁹)
1006 30 92	—	249,64	523,98 (⁹)
1006 30 94	453,32 (⁹)	289,86	604,42 (⁹)
1006 30 96	453,32 (⁹)	289,86	604,42 (⁹)
1006 30 98	453,32 (⁹)	289,86	604,42 (⁹)
1006 40 00	—	69,28	144,56

(¹) Vorbehaltlich der Anwendung der Vorschriften der Artikel 12 und 13 der Verordnung (EWG) Nr. 715/90.

(²) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen bei der unmittelbaren Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in das überseeische Departement Réunion erhoben.

(³) Die Abschöpfung bei der Einfuhr von Reis in das überseeische Departement Réunion ist in Artikel 11a der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 festgesetzt.

(⁴) Bei der Einfuhr von Reis, ausgenommen Bruchreis (KN-Code 1006 40 00), mit Ursprung in Bangladesch gilt die im Rahmen der Verordnungen (EWG) Nr. 3491/90 und (EWG) Nr. 862/91 festgelegte Abschöpfung.

(⁵) Die Abschöpfung wird bei der Einfuhr in Portugal um den in Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3808/90 genannten Betrag erhöht.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2127/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates
vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Reis⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1806/89⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13
Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Reis und
Bruchreis hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 3847/90 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 2049/91⁽⁴⁾, festgesetzt
worden.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen
cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden
Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt
werden, wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben,
abgeändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämiensätze als Zuschlag zu den im voraus festge-
setzten Abschöpfungen für die Einfuhren von Reis und
Bruchreis mit Ursprung in Drittländern sind im Anhang
festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 177 vom 24. 6. 1989, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 367 vom 29. 12. 1990, S. 19.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 187 vom 13. 7. 1991, S. 8.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Einfuhrabschöpfungen für Reis und Bruchreis

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 7	1. Term. 8	2. Term. 9	3. Term. 10
1006 10 21	0	0	0	—
1006 10 23	0	0	0	—
1006 10 25	0	0	0	—
1006 10 27	0	0	0	—
1006 10 92	0	0	0	—
1006 10 94	0	0	0	—
1006 10 96	0	0	0	—
1006 10 98	0	0	0	—
1006 20 11	0	0	0	—
1006 20 13	0	0	0	—
1006 20 15	0	0	0	—
1006 20 17	0	0	0	—
1006 20 92	0	0	0	—
1006 20 94	0	0	0	—
1006 20 96	0	0	0	—
1006 20 98	0	0	0	—
1006 30 21	0	0	0	—
1006 30 23	0	0	0	—
1006 30 25	0	0	0	—
1006 30 27	0	0	0	—
1006 30 42	0	0	0	—
1006 30 44	0	0	0	—
1006 30 46	0	0	0	—
1006 30 48	0	0	0	—
1006 30 61	0	0	0	—
1006 30 63	0	0	0	—
1006 30 65	0	0	0	—
1006 30 67	0	0	0	—
1006 30 92	0	0	0	—
1006 30 94	0	0	0	—
1006 30 96	0	0	0	—
1006 30 98	0	0	0	—
1006 40 00	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2128/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

betreffend Anhang XXIII der Verordnung (EWG) Nr. 4136/86 über die gemeinsame Einfuhrregelung für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in DrittländernDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 4136/86 des Rates
vom 22. Dezember 1986 über die gemeinsame Einfuhrregelung
für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Drittländern⁽¹⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1118/91⁽²⁾,
insbesondere auf Anhang XXIII Artikel 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Anhang XXIII Artikel 2 der genannten Verordnung sieht
vor, daß die Verteilung der spezifischen Gemeinschaftshöchst-
mengen für Einfuhren im passiven Veredelungsverkehr für die
Jahre 1987 bis 1991 nach dem in Artikel 15 festgelegten
Verfahren erfolgt.Es empfiehlt sich, für 1991 die Aufteilung dieser Höchst-
mengen für den passiven Veredelungsverkehr zwischen den
Mitgliedstaaten festzulegen.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Textilausschusses —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*Die Aufteilung zwischen den Mitgliedstaaten der
Gemeinschaftshöchstmengen für den passiven Verede-
lungsverkehr, die in der Tabelle des Anhangs XXIII der
Verordnung (EWG) Nr. 4136/86 angegeben wurde, wird
für das Jahr 1991 im Anhang zu dieser Verordnung fest-
gelegt.*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1991.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident⁽¹⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1986, S. 42.⁽²⁾ ABl. Nr. L 111 vom 3. 5. 1991, S. 11.

ANHANG

AUFTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSHÖCHSTMENGEN FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN PASSIVEN VEREDLUNGSVERKEHR ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 1991 (*)

Kategorie Nr.	KN-Code	Warenbezeichnung	Drittländer	Einheiten	Mitgliedstaaten	Höchstmengen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1991
4	6105 10 00	Oberhemden, T-Shirts, Unterziehpullis (andere als aus Wolle oder feinen Tierhaaren), Unterhemden und ähnliche Waren, aus Gewirken	Malaysia	1 000 Stück	D	78
	6105 20 10				F	28
	6105 20 90				I	14
	6105 90 10				BNL	14
	6109 10 00				EWG	134
	6109 90 10					
	6109 90 30		Pakistan		D	248
					F	67
	6110 20 10				I	43
	6110 30 10				BNL	43
					EWG	401
5	6101 10 90	Pullover, Slipover, Twinsets, Westen und Strickjacken (andere als zugeschnitten und genäht); Anoraks, Windjacken und ähnliche Waren, aus Gewirken	Malaysia	1 000 Stück	D	78
	6101 20 90				F	28
	6101 30 90				I	14
					BNL	14
	6102 10 90				EWG	134
	6102 20 90					
	6102 30 90		Pakistan		D	261
	6110 10 10				F	70
	6110 10 31				I	46
	6110 10 39				BNL	46
	6110 10 91				EWG	423
	6110 10 99					
	6110 20 91					
	6110 20 99					
	6110 30 91					
6110 30 99						
6	6203 41 10	Shorts und andere kurze Hosen (andere als Badehosen) und lange Hosen, aus Geweben, für Männer und Knaben; lange Hosen aus Geweben für Frauen und Mädchen, aus Wolle, Baumwolle oder synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen	Indonesien	1 000 Stück	D	255
	6203 41 90				F	71
	6203 42 31				I	49
	6203 42 33				BNL	49
	6203 42 35				EWG	424
	6203 42 90					
	6203 43 19				Malaysia	D
	6203 43 90		F			28
	6203 49 19		I			14
	6203 49 50		BNL			14
	6204 61 10		EWG			134
	6204 62 31					
	6204 62 33					
	6204 62 35					
	6204 63 19					
	6204 69 19					

(*) Wenn keine Höchstmengen für ein bestimmtes Mitgliedsland angegeben sind, so wurden keine besonderen Vereinbarungen für die Wiedereinfuhr in dieses Mitgliedsland für die betreffenden Waren und Lieferländer im Rahmen des passiven Veredelungsverkehrs getroffen.

Kategorie Nr.	KN-Code	Warenbezeichnung	Drittländer	Einheiten	Mitgliedstaaten	Höchstmengen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1991						
6 (Forts.)			Philippinen		D F I BNL	204 55 42 42						
					EWG	343						
			Sri Lanka		D F I BNL	731 13 43 331						
					EWG	1 118						
7	6106 10 00 6106 20 00 6106 90 10 6206 20 00 6206 30 00 6206 40 00	Blusen und Hemdblusen, aus Gewirken und andere als aus Gewirken, aus Wolle, Baumwolle oder synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen, für Frauen und Mädchen	Indonesien	1 000 Stück	D F I BNL	169 57 28 28						
						EWG	282					
					Singapur	D F I BNL	228 24 63 63					
							EWG	378				
						Sri Lanka	D F I BNL	551 26 53 190				
							EWG	820				
			8		6205 10 00 6205 20 00 6205 30 00	Oberhemden, andere als aus Gewirken, für Männer und Knaben, aus Wolle, Baumwolle oder synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen	Indonesien	1 000 Stück	D F I BNL	212 71 35 35		
										EWG	353	
									Malaysia	D F I BNL	70 24 13 13	
											EWG	120
										Pakistan	D F I BNL	222 37 54 45
	EWG	358										
Philippinen	D F I BNL	48 24 14 14										
		EWG		100								
	Sri Lanka	D F I BNL		523 30 89 104								
		EWG		746								

Kategorie Nr.	KN-Code	Warenbezeichnung	Drittländer	Einheiten	Mitgliedstaaten	Höchstmengen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1991
21	ex 6201 12 10	Parkas; Anoraks, Windjacken und dergleichen, andere als aus Gewirken, aus Wolle, Baumwolle oder synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen	Philippinen	1 000 Stück	D	86
	ex 6201 12 90				F	28
	ex 6201 13 10				I	14
	ex 6201 13 90				BNL	14
	6201 91 00					
	6201 92 00					
	6201 93 00					
			Sri Lanka	D	705	
	ex 6202 12 10			F	39	
	ex 6202 12 90			I	61	
	ex 6202 13 10			BNL	61	
	ex 6202 13 90					
	6202 91 00			EWG	866	
	6202 92 00					
6202 93 00						

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2129/91 DER KOMMISSION

vom 18. Juli 1991

zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für die Waren des KN-Codes 2921 19 10 mit Ursprung in Brasilien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 des Rates vom 20. Dezember 1990 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen auf bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1991 ⁽¹⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3835/90 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 9,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 sind die Zollsätze für bestimmte Waren mit Ursprung in den in Anhang III genannten Ländern und Gebieten vollständig ausgesetzt. Die Einfuhren dieser Waren unterliegen im allgemeinen einer vierteljährlichen statistischen Überwachung, die sich auf die in Artikel 8 genannte Bezugsgrundlage gründet.

Wenn der Anstieg der Präferenzeinfuhren der genannten Waren mit Ursprung in einem oder mehreren der begünstigten Länder wirtschaftliche Schwierigkeiten in einem Gebiet der Gemeinschaft verursachen könnte, können nach Artikel 8 die Zollsätze nach einem geeigneten Informationsaustausch durch die Kommission mit den Mitgliedstaaten wiedereingeführt werden. Die Bezugsgrundlage, die hierbei zu berücksichtigen ist, entspricht in der Regel 6,3 % der Gesamteinfuhren in die Gemeinschaft im Jahre 1988 aus Drittländern.

Für die Waren des KN-Codes 2921 19 10 mit Ursprung in Brasilien beträgt die Bezugsgrundlage 30 000 ECU. Am

27. März 1991 haben die angerechneten Einfuhren der betreffenden Waren in die Gemeinschaft mit Ursprung in Brasilien die betreffende Bezugsgrundlage erreicht.

Der Informationsaustausch durch die Kommission hat gezeigt, daß die Aufrechterhaltung des Präferenzsystems wirtschaftliche Schwierigkeiten in einem Gebiet der Gemeinschaft hervorrufen könnte. Somit ist die Erhebung der Zölle für die betreffenden Waren gegenüber Brasilien wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Ab 23. Juli 1991 wird die Erhebung der Zölle, die aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 ausgesetzt ist, für Einfuhren der folgenden Waren mit Ursprung in Brasilien in die Gemeinschaft wiedereingeführt :

KN-Code	Warenbezeichnung
2921 19 10	— — — Triethylamin und seine Salze

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juli 1991

Für die Kommission

Christiane SCRIVENER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 126.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2130/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

**zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1609/88 hinsichtlich des letzten
Termins für die Einlagerung der gemäß Verordnung (EWG) Nr. 570/88
verkauften Butter**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Milch und Milcherzeugnisse ⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 1630/91 ⁽²⁾, insbeson-
dere auf Artikel 6 Absatz 7,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 985/68 des Rates
vom 15. Juli 1968 zur Festlegung der Grundregeln für die
Interventionen auf dem Markt für Butter und Rahm ⁽³⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr.
2045/91 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 7a,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 570/88 der
Kommission vom 16. Februar 1988 über den Verkauf von
Billigbutter und die Gewährung einer Beihilfe für Rahm,
Butter und Butterfett für die Herstellung von Backwaren,
Speiseeis und anderen Lebensmitteln ⁽⁵⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 1157/91 ⁽⁶⁾, muß die zu
verkaufende Butter vor einem festzulegenden Zeitpunkt
eingelagert worden sein. Dieser Zeitpunkt wird je nach
Entwicklung des Butterbestands und der verfügbaren
Menge bestimmt.Der betreffende Zeitpunkt sollte jetzt für den Verkauf der
Butter festgelegt werden, die vor dem 1. Dezember 1989eingelagert wurde. Die Verordnung (EWG) Nr. 1609/88
der Kommission vom 9. Juni 1988 zur Bestimmung des
letzten Termins für die Einlagerung der gemäß den
Verordnungen (EWG) Nr. 3143/85 und (EWG) Nr.
570/88 verkauften Butter ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1561/89 ⁽⁸⁾, ist deshalb zu ändern.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*In Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1609/88 erhält
der zweite Absatz folgende Fassung :„Die in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 570/88
genannte Butter muß vor dem 1. Dezember 1989
eingelagert worden sein.“*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröf-
fentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemein-
schaften* in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.⁽²⁾ ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 19.⁽³⁾ ABl. Nr. L 169 vom 18. 7. 1968, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 187 vom 13. 7. 1991, S. 1.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 55 vom 1. 3. 1988, S. 31.⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 112 vom 4. 5. 1991, S. 57.⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 143 vom 10. 6. 1988, S. 23.⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 153 vom 6. 6. 1989, S. 17.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2131/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1627/89 über den Ankauf von Rindfleisch durch Ausschreibung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Rindfleisch ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 1628/91 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6
Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1627/89 der Kommission
vom 9. Juni 1989 über den Ankauf von Rindfleisch durch
Ausschreibung ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1988/91 ⁽⁴⁾, wurde in einigen Mitgliedstaaten
oder Gebieten eines Mitgliedstaats der Ankauf mehrerer
Qualitätsgruppen durch Ausschreibung eröffnet.

Die Anwendung von Artikel 6 Absätze 2, 3 und 4 der
Verordnung (EWG) Nr. 805/68 sowie die Notwendigkeit,
die Intervention auf die Käufe zu beschränken, die für
eine angemessene Marktstützung notwendig sind, hat

unter Berücksichtigung der der Kommission vorliegenden
Notierungen die Änderung des Verzeichnisses der
Mitgliedstaaten oder der Gebiete, in welchen der Ankauf
durch Ausschreibung eröffnet ist, zur Folge. Sie erfordert
außerdem die Änderung des Verzeichnisses der Qualitäts-
gruppen, die Gegenstand von Interventionsankäufen sind,
gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 1627/89 wird
durch den Anhang der vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 23. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 16.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 159 vom 10. 6. 1989, S. 36.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 178 vom 6. 7. 1991, S. 23.

ANEXO — BILAG — ANHANG — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ — ANNEX — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANEXO

Estados miembros o regiones de Estados miembros y grupos de calidades previstos en el apartado 1 del artículo 1

Medlemsstater eller regioner og kvalitetsgrupper, jf. artikel 1, stk. 1

Mitgliedstaaten oder Gebiete eines Mitgliedstaats sowie die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Qualitätsgruppen

Κράτη μέλη ή περιοχές κρατών μελών και ομάδες ποιότητας που αναφέρονται στο άρθρο 1 παράγραφος 1

Member States or regions of a Member State and quality groups referred to in Article 1 (1)

États membres ou régions d'États membres et groupes de qualités visés à l'article 1^{er}, paragraphe 1

Stati membri o regioni di Stati membri e gruppi di qualità di cui all'articolo 1, paragrafo 1

In artikel 1, lid 1 bedoelde Lid-Staten of gebieden van een Lid-Staat en kwaliteitsgroepen

Estados-membros ou regiões de Estados-membros e grupos de qualidades referidos no n.º 1 do artigo 1.º

	Categoría A			Categoría C		
	U	R	O	U	R	O
Estados miembros o regiones de Estados miembros						
Medlemsstat eller region						
Mitgliedstaaten oder Gebiete eines Mitgliedstaats						
Κράτος μέλος ή περιοχές κράτους μέλους						
Member States or regions of a Member State						
États membres ou régions d'États membres						
Stati membri o regioni di Stati membri						
Lid-Staat of gebied van een Lid-Staat						
Estados-membros ou regiões de Estados-membros						
Belgique	x	x	x			
Denmark		x	x			
España	x	x	x			
France	x	x	x		x	x
Ireland				x	x	x
Italia			x			
Luxembourg		x	x			
Nederland		x				
Great-Britain				x	x	x
Northern Ireland				x	x	x

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2132/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

mit Sicherungsmaßnahmen betreffend die im Sektor Rindfleisch eingereichten Anträge auf Erteilung von EHM-Lizenzen für den Handel mit PortugalDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals, insbesondere auf Artikel 252 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3815/90 der Kommission vom 19. Dezember 1990 für verschiedene Produkte des Rindfleischsektors mit Durchführungsbestimmungen zum ergänzenden Handelsmechanismus für die Einfuhr von Rindfleischerzeugnissen nach Portugal⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 840/91⁽²⁾, sind insbesondere die im Rindfleischsektor geltenden Richtplafonds sowie die Höchstmengen festgesetzt worden, für die alle drei Monate EHM-Lizenzen erteilt werden dürfen.

Nach Artikel 252 Absatz 1 der Beitrittsakte kann die Kommission die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen beschließen, wenn sich im innergemeinschaftlichen Handel für das laufende Wirtschaftsjahr oder einen Teil

davon eine erhebliche Zunahme der bisherigen und voraussichtlichen Einfuhren abzeichnet.

Eine Prüfung der Lizenzanträge hat ergeben, daß ihr Umfang eine Störung des portugiesischen Marktes zur Folge zu haben droht. Es ist daher angezeigt, als Sicherungsmaßnahme jede neue Lizenzerteilung vorläufig auszusetzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Für frisches oder gekühltes Rindfleisch gilt folgendes :

1. Für die ab 15. Juli 1991 gestellten Anträge wird die Erteilung von EHM-Lizenzen vorläufig ausgesetzt.
2. Ab 29. Juli 1991 können wieder Lizenzen beantragt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 366 vom 29. 12. 1990, S. 30.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 85 vom 5. 4. 1991, S. 23.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2133/91 DER KOMMISSION

vom 18. Juli 1991

über die Einfuhrlizenzen für aus den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) oder aus den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) stammende Erzeugnisse des Sektors Milch und MilchzeugnisseDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 715/90 des Rates
vom 5. März 1990 über die Regelung für landwirtschaftliche
Erzeugnisse und bestimmte aus landwirtschaftlichen
Erzeugnissen hergestellte Waren mit Ursprung in den
Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifi-
schen Ozean (AKP-Staaten) oder in den überseeischen
Ländern und Gebieten (ÜLG)⁽¹⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 523/91⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr.
1150/90 der Kommission⁽³⁾, geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 2975/90⁽⁴⁾, beschließt die Kommission,
in welchem Maße den Anträgen auf Erteilung vonEinfuhrlizenzen stattgegeben werden kann. Die betref-
fende Einfuhr muß jedoch im Rahmen eines Kontingents
getätigt werden.Die Lizenzerträge überschreiten nicht die verfügbaren
Mengen. Infolgedessen sind alle eingereichten Anträge
anzunehmen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1150/90
zwischen dem 1. und 10. Juli 1991 gestellten und der
Kommission gemeldeten Lizenzanträge werden ange-
nommen.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 18. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 84 vom 30. 3. 1990, S. 85.⁽²⁾ ABl. Nr. L 58 vom 5. 3. 1991, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 114 vom 5. 5. 1990, S. 21.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 283 vom 16. 10. 1990, S. 16.

EMPFEHLUNG Nr. 2134/91/EGKS DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Änderung der Empfehlung Nr. 556/91/EGKS über die gemeinschaftliche Überwachung der Einfuhren bestimmter EGKS-Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere auf Artikel 74,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Empfehlung Nr. 556/91/EGKS⁽¹⁾ hat die Kommission für die Einfuhren bestimmter unter den EGKS-Vertrag fallender Eisen- und Stahlerzeugnisse in die Gemeinschaft eine gemeinschaftliche Überwachung eingeführt.

Damit sich die gemeinschaftliche Überwachung 1991 soweit wie möglich auf dieselbe Gruppe von Erzeugnissen erstreckt wie 1990 gemäß der Empfehlung der Kommission Nr. 3979/89/EGKS⁽²⁾, sind angesichts der Änderungen in der Kombinierten Nomenklatur zwei KN-Codes in die Liste des Anhangs II der Empfehlung Nr. 556/91/EGKS aufzunehmen —

SPRICHT FOLGENDE EMPFEHLUNG AUS :

Artikel 1

Der Anhang II der Empfehlung Nr. 556/91/EGKS wird durch den Anhang dieser Empfehlung ersetzt.

Artikel 2

Diese Empfehlung wird am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* wirksam.

Sie gilt bis zum 31. Dezember 1991.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident

(1) ABl. Nr. L 62 vom 8. 3. 1991, S. 18.

(2) ABl. Nr. L 380 vom 29. 12. 1989, S. 17.

ANHANG

„ANHANG II

7201 10 11	7208 22 95	7209 31 00	7212 21 11	7218 90 19	7224 90 09
7201 10 19	7208 22 98	7209 32 10	7212 29 11	7218 90 50	7224 90 15
7201 10 30	7208 23 10	7209 32 90	7212 30 11		7224 90 30
7201 10 90	7208 23 91	7209 33 10	7212 40 10	7219 11 10	
7201 20 00	7208 23 95	7209 33 90	7212 40 91	7219 11 90	
7201 30 10	7208 23 98	7209 34 10	7212 50 31	7219 12 10	7225 10 10
7201 30 90	7208 24 10	7209 34 90	7212 50 51	7219 12 90	7225 10 91
7201 40 00	7208 24 91	7209 41 00	7212 60 11	7219 13 10	7225 10 99
	7208 24 99	7209 42 10	7212 60 91	7219 13 90	7225 20 10
7202 11 20	7208 31 00	7209 42 90		7219 14 10	7225 20 30
7202 11 80	7208 32 10	7209 43 10	7213 10 00	7219 14 90	7225 30 00
7202 99 11	7208 32 30	7209 43 90	7213 20 00	7219 21 11	7225 40 10
	7208 32 51	7209 44 10	7213 31 00	7219 21 19	7225 40 30
7203 90 00	7208 32 59	7209 44 90	7213 39 00	7219 21 90	7225 40 50
	7208 32 91	7209 90 10	7213 41 00	7219 22 10	7225 40 70
7204 50 10	7208 32 99		7213 49 00	7219 22 90	7225 40 90
7204 50 90	7208 33 10	7210 11 10	7213 50 10	7219 23 10	7225 50 10
	7208 33 91	7210 12 11	7213 50 90	7219 23 90	7225 50 90
7206 10 00	7208 33 99	7210 12 19		7219 24 10	7225 90 10
7206 90 00	7208 34 10	7210 20 10	7214 20 00	7219 24 90	
	7208 34 90	7210 31 10	7214 30 00	7219 31 10	7226 10 10
7207 11 11	7208 35 10	7210 39 10	7214 40 10	7219 31 90	7226 10 30
7207 11 19	7208 35 90	7210 41 10	7214 40 91	7219 32 10	7226 20 10
7207 12 11	7208 41 00	7210 49 10	7214 40 99	7219 32 90	7226 20 31
7207 12 19	7208 42 10	7210 50 10	7214 50 10	7219 33 10	7226 20 51
7207 19 11	7208 42 30	7210 60 11	7214 50 91	7219 33 90	7226 20 71
7207 19 15	7208 42 51	7210 60 19	7214 50 99	7219 34 10	7226 91 10
7207 19 31	7208 42 59	7210 70 21	7214 60 00	7219 34 90	7226 91 90
7207 20 11	7208 42 91	7210 70 29		7219 35 10	7226 92 10
7207 20 15	7208 42 99	7210 90 31	7215 90 10	7219 35 90	7226 99 11
7207 20 17	7208 43 10	7210 90 33		7219 90 11	7226 99 31
7207 20 31	7208 43 91	7210 90 35	7216 10 00	7219 90 19	
7207 20 33	7208 43 99	7210 90 39	7216 21 00		7227 10 00
7207 20 51	7208 44 10		7216 22 00	7220 11 00	7227 20 00
7207 20 55	7208 44 90	7211 11 00	7216 31 11	7220 12 00	7227 90 10
7207 20 57	7208 45 10	7211 12 10	7216 31 19	7220 20 10	7227 90 30
7207 20 71	7208 45 90	7211 12 90	7216 31 91	7220 90 11	7227 90 80
	7208 90 10	7211 19 10	7216 31 99	7220 90 31	
7208 11 00		7211 19 91	7216 32 11		7228 10 10
7208 12 10	7209 11 00	7211 19 99	7216 32 19	7221 00 10	7228 10 30
7208 12 91	7209 12 10	7211 21 00	7216 32 91	7221 00 90	7228 20 11
7208 12 95	7209 12 90	7211 22 10	7216 32 99		7228 20 19
7208 12 98	7209 13 10	7211 22 90	7216 33 10	7222 10 11	7228 20 30
7208 13 10	7209 13 90	7211 29 10	7216 33 90	7222 10 19	7228 30 10
7208 13 91	7209 14 10	7211 29 91	7216 40 10	7222 10 51	7228 30 30
7208 13 95	7209 14 90	7211 29 99	7216 40 90	7222 10 59	7228 30 80
7208 13 98	7209 21 00	7211 30 10	7216 50 10	7222 10 99	7228 60 10
7208 14 10	7209 22 10	7211 41 10	7216 50 90	7222 30 10	7228 70 10
7208 14 91	7209 22 90	7211 41 91	7216 90 10	7222 40 11	7228 70 31
7208 14 99	7209 23 10	7211 49 10		7222 40 19	7228 80 10
7208 21 10	7209 23 90	7211 90 11	7218 10 00	7222 40 30	7228 80 90
7208 21 90	7209 24 10		7218 90 11		
7208 22 10	7209 24 91	7212 10 10	7218 90 13	7224 10 00	
7208 22 91	7209 24 99	7212 10 91	7218 90 15	7224 90 01	7301 10 00*

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2135/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates
vom 22. September 1966 über die Errichtung einer
gemeinsamen Marktorganisation für Fette ⁽¹⁾, zuletzt geän-
dert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 ⁽²⁾, insbe-
sondere auf Artikel 27 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1678/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über die in der Landwirtschaft anzu-
wendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 2025/91 ⁽⁴⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 des Rates
vom 20. Juli 1972 zur Einführung von Sondermaß-
nahmen für Raps- und Rübsensamen sowie Sonnenblu-
menkerne ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 2206/90 ⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 2
Absatz 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG
vorgesehene Beihilfe ist in der Verordnung (EWG)

Nr. 1897/91 der Kommission ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung Nr. 2052/91 ⁽⁸⁾ festgesetzt.

Aus der Anwendung der in der Verordnung (EWG)
Nr. 1897/91 genannten Modalitäten auf die Angaben,
über die die Kommission gegenwärtig verfügt, ergibt sich,
daß die zur Zeit geltende Beihilfe wie in den Anhängen
zu dieser Verordnung angegeben zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Höhe der Beihilfe und die Wechselkurse
gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG)
Nr. 2681/83 der Kommission ⁽⁹⁾ sind in den Anhängen
festgesetzt.

(2) Die im Wirtschaftsjahr 1991/92 für Raps-, Rübsen-
samen und Sonnenblumenkerne festzusetzende Beihilfe
wird jedoch mit Wirkung zum 20. Juli 1991 bestätigt
oder ersetzt, um den Auswirkungen der garantierten
Höchstmengen für das Wirtschaftsjahr 1991/92
Rechnung zu tragen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 11./

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 190 vom 15. 7. 1991, S. 44.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972, S. 9.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 11.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 169 vom 29. 6. 1991, S. 16.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 187 vom 13. 7. 1991, S. 18.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 266 vom 28. 9. 1983, S. 1.

ANHANG I

Beihilfen für Raps- und Rübensamen, andere als „Doppelnull“-Sorten

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 7 (1)	1. Term. 8 (1)	2. Term. 9 (1)	3. Term. 10 (1)	4. Term. 11 (1)	5. Term. 12 (1)
1. Bruttobeihilfen (ECU):						
— Spanien	18,437	18,715	18,993	17,771	16,561	16,839
— Portugal	25,407	25,685	25,963	24,741	23,531	23,809
— Andere Mitgliedstaaten	18,437	18,715	18,993	17,771	16,561	16,839
2. Endgültige Beihilfen:						
Samen, geerntet und verarbeitet in:						
— Deutschland (DM)	43,40	44,06	44,71	41,84	38,99	39,64
— Niederlande (hfl)	48,91	49,64	50,38	47,14	43,93	44,67
— BLWU (bfrs/lfrs)	895,23	908,73	922,23	862,89	804,14	817,64
— Frankreich (ffrs)	145,57	147,77	149,96	140,31	130,76	132,95
— Dänemark (dkr)	165,56	168,06	170,56	159,58	148,72	151,21
— Irland (Ir £)	16,202	16,446	16,691	15,617	14,553	14,798
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	14,567	14,791	15,014	14,033	13,060	13,282
— Italien (Lit)	32 476	32 966	33 455	31 303	29 171	29 570
— Griechenland (Dr)	4 578,83	4 637,41	4 679,08	4 326,01	4 005,67	3 954,46
— Spanien (Pta)	2 825,94	2 866,98	2 908,01	2 725,46	2 547,41	2 578,19
— Portugal (Esc)	5 374,63	5 420,45	5 468,32	5 209,17	4 961,55	4 989,87

ANHANG II

Beihilfen für Raps- und Rübensamen „Doppelnull“

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 7 (1)	1. Term. 8 (1)	2. Term. 9 (1)	3. Term. 10 (1)	4. Term. 11 (1)	5. Term. 12 (1)
1. Bruttobeihilfen (ECU):						
— Spanien	19,687	19,965	20,243	19,021	17,811	18,089
— Portugal	26,657	26,935	27,213	25,991	24,781	25,059
— Andere Mitgliedstaaten	19,687	19,965	20,243	19,021	17,811	18,089
2. Endgültige Beihilfen:						
Samen, geerntet und verarbeitet in:						
— Deutschland (DM)	46,35	47,00	47,66	44,78	41,93	42,58
— Niederlande (hfl)	52,22	52,96	53,70	50,45	47,24	47,98
— BLWU (bfrs/lfrs)	955,93	969,43	982,93	923,59	864,84	878,33
— Frankreich (ffrs)	155,44	157,64	159,83	150,18	140,63	142,82
— Dänemark (dkr)	176,79	179,28	181,78	170,81	159,94	162,44
— Irland (Ir £)	17,300	17,545	17,789	16,715	15,652	15,896
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	15,562	15,785	16,008	15,027	14,055	14,276
— Italien (Lit)	34 678	35 167	35 657	33 505	31 373	31 771
— Griechenland (Dr)	4 893,98	4 952,56	4 994,23	4 641,16	4 320,82	4 269,61
— Spanien (Pta)	3 014,48	3 055,51	3 096,55	2 913,99	2 735,95	2 766,73
— Portugal (Esc)	5 635,48	5 681,29	5 729,17	5 470,01	5 222,40	5 250,72

(1) Vorläufige Festsetzung, vorbehaltlich und in Erwartung der Auswirkungen der garantierten Höchstmengen im Wirtschaftsjahr 1991/92 gemäß der Berichtigung, die sich aus den Auswirkungen der garantierten Höchstmengen im Wirtschaftsjahr 1990/91 ergibt.

ANHANG III

Beihilfen für Sonnenblumenkerne

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 7	1. Term. 8 (1)	2. Term. 9 (1)	3. Term. 10 (1)	4. Term. 11 (1)
1. Bruttobeihilfen (ECU):					
— Spanien	26,274	26,179	26,516	25,610	25,941
— Portugal	35,285	33,356	33,687	32,798	33,129
— Andere Mitgliedstaaten	23,045	21,116	21,447	20,558	20,889
2. Endgültige Beihilfen:					
a) Kerne, geerntet und verarbeitet in (2):					
— Deutschland (DM)	54,25	49,71	50,49	48,40	49,18
— Niederlande (hfl)	61,13	56,01	56,89	54,53	55,41
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 118,98	1 025,31	1 041,39	998,22	1 014,29
— Frankreich (ffrs)	181,95	166,72	169,34	162,32	164,93
— Dänemark (dkr)	206,94	189,62	192,59	184,61	187,58
— Irland (Ir £)	20,251	18,556	18,847	18,066	18,357
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	17,531	16,670	16,935	16,222	16,485
— Italien (Lit)	40 593	37 195	37 778	36 212	36 795
— Griechenland (Dr)	4 487,50	5 216,67	5 262,27	4 986,23	5 070,14
— Portugal (Esc)	7 459,82	7 038,84	7 094,94	6 901,73	6 970,66
b) Kerne, geerntet in Spanien und verarbeitet:					
— in Spanien (Pta)	4 117,67	4 006,09	4 055,86	3 919,46	3 969,25
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	4 187,13	4 072,10	4 120,96	3 987,07	4 036,86

(1) Vorläufige Festsetzung, vorbehaltlich und in Erwartung der Auswirkungen der garantierten Höchstmengen im Wirtschaftsjahr 1991/92 gemäß der Berichtigung, die sich aus den Auswirkungen der garantierten Höchstmengen im Wirtschaftsjahr 1990/91 ergibt.

(2) Für die in den Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Spanien, geernteten und in Spanien verarbeiteten Kerne sind die Beträge unter Ziffer 2 Buchstabe a) mit 1,0186140 zu multiplizieren.

ANHANG IV

Umrechnungskurse des Ecu, die für die Umrechnung der endgültigen Beihilfen in die Währung des Verarbeitungslandes anzuwenden sind, wenn es sich dabei nicht um das Erzeugungsland handelt

(Wert von 1 ECU)

	laufender Monat 7	1. Term. 8	2. Term. 9	3. Term. 10	4. Term. 11	5. Term. 12
DM	2,057830	2,055970	2,054670	2,053370	2,053370	2,050170
hfl	2,313960	2,312140	2,310780	2,309360	2,309360	2,305290
bfrs/lfrs	42,225300	42,187500	42,157300	42,134500	42,134500	42,068900
ffrs	6,961540	6,960090	6,956980	6,954680	6,954680	6,945730
dkr	7,939460	7,935240	7,931910	7,927970	7,927970	7,917480
Ir £	0,768842	0,768895	0,768893	0,768976	0,768976	0,768359
£ Stg	0,697084	0,697767	0,698303	0,698702	0,698702	0,699306
Lit	1 528,06	1 529,79	1 531,57	1 533,43	1 533,43	1 540,63
Dr	223,88600	225,83900	227,82200	229,94200	229,94200	236,65500
Esc	177,20500	178,79600	179,39300	179,95200	179,95200	181,60500
Pta	128,85100	129,12500	129,38800	129,62200	129,62200	130,20800

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2136/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Festlegung von Sicherungsmaßnahmen betreffend die im Zeitraum vom 8. bis 12. Juli 1991 im Austausch mit Spanien eingereichten Anträge auf EHM-Lizenzen im Sektor RindfleischDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals, insbesondere auf Artikel 85 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3690/90 der Kommission vom 19. Dezember 1990 zur Festlegung der Grundregeln für die Anwendung des ergänzenden Handelsmechanismus im Rindfleischsektor zwischen der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985 und Spanien⁽¹⁾ sind insbesondere die im Rindfleischsektor geltenden Richtplafonds sowie die Höchstmengen festgesetzt worden, für die alle drei Monate EHM-Lizenzen erteilt werden dürfen.

Nach Artikel 85 Absatz 1 der Beitrittsakte kann die Kommission die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen beschließen, wenn die gegebene Lage dazu führt, daß der Richtplafond im laufenden Wirtschaftsjahr oder in einem Teil davon erreicht oder überschritten wird.

Eine Prüfung der im Zeitraum vom 8. bis 12. Juli 1991 eingereichten Lizenzanträge hat ergeben, daß die Höchst-

menge der dritten drei Monate für lebende Tiere überschritten worden ist. Als Sicherungsmaßnahme ist es daher angezeigt, die Lizenzen bis zu einem bestimmten Prozentsatz der beantragten Mengen für diese Erzeugnisse zu erteilen und jede neue Lizenzerteilung vorläufig auszusetzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Für lebende Rinder, andere als reinrassige Zuchtrinder und Tiere für Corridas :

1. Für die im Zeitraum vom 8. bis 12. Juli 1991 gestellten und der Kommission mitgeteilten Anträge werden EHM-Lizenzen bis zu 6,439 Prozent erteilt.
2. Für die ab 15. Juli 1991 gestellten Anträge wird die Erteilung von EHM-Lizenzen vorläufig ausgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 357 vom 20. 12. 1990, S. 27.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2137/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

über das Ausmaß, in dem den im Juli 1991 für die Einfuhr von bestimmten Schweinefleischerzeugnissen eingereichten Lizenzanträgen stattgegeben werden kann

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

Nummern 59.0040, 59.0070 und 59.0080 bestimmt
werden —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 des Rates
vom 20. Dezember 1990 zur Senkung der Abschöpfungen
bei bestimmten Agrarerzeugnissen mit Ursprung in
Entwicklungsländern im Jahr 1991⁽¹⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

Artikel 1

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 26/91 der Kommissi-
on⁽²⁾, wurden die Mengen an Schweinefleischerzeug-
nissen festgesetzt, die im dritten Vierteljahr 1991 mit
herabgesetzter Abschöpfung eingeführt werden können.

Mit Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 26/91
wurde vorgesehen, daß die beantragten Mengen verringert
werden können. Die gemäß der genannten Verordnung
gestellten Anträge erstrecken sich insgesamt auf Mengen,
die über die gemäß Artikel 2 derselben Verordnung
verfügbaren Mengen für die Erzeugnisse der in der
Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 genannten laufenden
Nummern 59.0010 und 59.0060 hinausgehen. Unter
diesen Umständen und zur Gewährleistung einer
gerechten Verteilung der verfügbaren Mengen sollten die
beantragten Mengen proportional gekürzt werden.

Bei Erzeugnissen der in der Verordnung (EWG) Nr.
3834/90 genannten laufenden Nummern 59.0040,
59.0070 und 59.0080 sind die Mengen, für die Lizenzan-
träge gestellt wurden, kleiner als die verfügbaren Mengen.
Diesen Anträgen kann deshalb vollständig stattgegeben
werden.

Nach Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr.
26/91 bestimmt die Kommission, wenn die auf die
Anträge entfallende Menge insgesamt kleiner als die
verfügbare Menge ist, die Restmenge, die der im
folgenden Vierteljahr verfügbaren Menge zuzuschlagen ist.
Unter diesen Bedingungen sollte die im vierten Viertel-
jahr 1991 verfügbare Menge für die Erzeugnisse der in der
Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 genannten laufenden

(1) Jedem gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 26/91 für
den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September 1991
gestellten Antrag wird bis in Höhe der nachstehenden
Mengen stattgegeben :

- a) 0,8539 v. H. der beantragten Menge für die Erzeugnisse
der in der Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 genannten
laufenden Nummer 59.0010 ;
- b) 100 v. H. für die Erzeugnisse der in der Verordnung
(EWG) Nr. 3834/90 genannten laufenden Nummer
59.0040 ;
- c) 9,0342 v. H. der beantragten Menge für die Erzeugnisse
der in der Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 genannten
laufenden Nummer 59.0060 ;
- d) 100 v. H. für die Erzeugnisse der in der Verordnung
(EWG) Nr. 3834/90 genannten laufenden Nummer
59.0070 ;
- e) 100 v. H. für die Erzeugnisse der in der Verordnung
(EWG) Nr. 3834/90 genannten laufenden Nummer
59.0080.

(2) Lizenzanträge können gemäß der Verordnung
(EWG) Nr. 26/91 in den ersten zehn Tagen des vierten
Vierteljahres 1991 für die nachstehenden verfügbaren
Mengen gestellt werden :

- a) 2 202,00 Tonnen für die Erzeugnisse der in der
Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 genannten laufenden
Nummer 59.0040 ;
- b) 595,02 Tonnen für die Erzeugnisse der in der Verord-
nung (EWG) Nr. 3834/90 genannten laufenden
Nummer 59.0070 ;
- c) 3 818,47 Tonnen für die Erzeugnisse der in der
Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 genannten laufenden
Nummer 59.0080.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1991 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 121.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 3 vom 5. 1. 1991, S. 12.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2138/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

**über das Ausmaß, in dem den im Juli 1991 für die Einfuhr von bestimmten
Geflügelfleisch eingereichten Lizenzanträgen stattgegeben werden kann**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 des Rates
vom 20. Dezember 1990 zur Senkung der Abschöpfungen
bei bestimmten Agrarerzeugnissen mit Ursprung in
Entwicklungsländern im Jahr 1991 ⁽¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 25/91 der Kommission ⁽²⁾
wurde die Menge Geflügelfleisch festgesetzt, die im
dritten Vierteljahr 1991 mit herabgesetzter Abschöpfung
eingeführt werden kann.Mit Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 25/91
wurde vorgesehen, daß die beantragten Mengen verringert
werden können. Die gemäß der genannten Verordnung
für Entenfleisch gestellten Anträge erstrecken sich insge-
samt auf Mengen, die über die gemäß Artikel 2 derselben
Verordnung verfügbaren Mengen hinausgehen. Unter
diesen Umständen und zur Gewährleistung einergerechten Verteilung der verfügbaren Mengen sollten die
beantragten Mengen proportional gekürzt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*Jedem gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 25/91 für den
Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September 1991 gestellten
Antrag wird bis in Höhe der nachstehenden Mengen
stattgegeben:

- a) 2,0781 v. H. der beantragten Menge für die Erzeugnisse
der in der Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 genannten
Kennnummer 59.0020;
- b) 28,3605 v. H. der beantragten Menge für die Erzeug-
nisse der in der Verordnung (EWG) Nr. 3834/90
genannten Kennnummer 59.0025.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 121.⁽²⁾ ABl. Nr. L 3 vom 5. 1. 1991, S. 9.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2139/91 DER KOMMISSION
vom 19. Juli 1991
zur Änderung der bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwendenden
Berichtigung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates
vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1806/89 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 17 Absatz
4 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwen-
dende Berichtigung wurde durch die Verordnung (EWG)
Nr. 2121/91 der Kommission ⁽³⁾ festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
2121/91 enthaltenen Modalitäten auf die Angaben, über
die die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß

die derzeit geltende Berichtigung entsprechend dem
Anhang zu dieser Verordnung zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der in Artikel 17 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr.
1418/76 genannte Betrag, um den die im voraus festge-
setzten Erstattungsbeträge für die Ausfuhr von Reis und
Bruchreis zu berichtigen sind, festgesetzt im Anhang der
Verordnung (EWG) Nr. 2121/91 wird wie im Anhang
angegeben geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 177 vom 24. 6. 1989, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 196 vom 19. 7. 1991, S. 23.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 18. Juli 1991 zur Änderung der bei der Erstattung
für Reis und Bruchreis anzuwendenden Berichtigung

(ECU/Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Laufender Monat 7	1. Term. 8	2. Term. 9	3. Term. 10
1006 20 11 000	—	—	—	—	—
1006 20 13 000	01	0	0	0	0
1006 20 15 000	01	0	0	0	0
1006 20 17 000	—	—	—	—	—
1006 20 92 000	—	—	—	—	—
1006 20 94 000	01	0	0	0	0
1006 20 96 000	01	0	0	0	0
1006 20 98 000	—	—	—	—	—
1006 30 21 000	—	—	—	—	—
1006 30 23 000	01	0	0	0	0
1006 30 25 000	01	0	0	0	0
1006 30 27 000	—	—	—	—	—
1006 30 42 000	—	—	—	—	—
1006 30 44 000	01	0	0	0	0
1006 30 46 000	01	0	0	0	0
1006 30 48 000	—	—	—	—	—
1006 30 61 100	01	0	0	0	0
	05	0	0	0	0
	06	0	0	0	0
	09	0	0	0	0
	12	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
1006 30 61 900	—	—	—	—	—
1006 30 63 100	01	0	0	0	0
	05	0	0	0	0
	06	0	0	0	0
	09	0	0	0	0
	12	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
1006 30 63 900	01	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
1006 30 65 100	01	0	0	0	0
	05	0	0	0	0
	06	0	0	0	0
	09	0	0	0	0
	12	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
1006 30 65 900	01	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
1006 30 67 100	—	—	—	—	—
1006 30 67 900	—	—	—	—	—
1006 30 92 100	01	0	0	0	0
	05	0	0	0	0
	06	0	0	0	0
	09	0	0	0	0
	12	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
1006 30 92 900	01	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
	15	0	0	33,30	0
1006 30 94 100	01	0	0	0	0
	05	0	0	0	0
	06	0	0	0	0
	09	0	0	0	0
	12	0	0	0	0
	13	0	0	0	0

(ECU/Tonne)					
Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Laufender Monat 7	1. Term. 8	2. Term. 9	3. Term. 10
1006 30 94 900	01	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
	15	0	0	37,40	0
1006 30 96 100	01	0	0	0	0
	05	0	0	0	0
	06	0	0	0	0
	09	0	0	0	0
	12	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
1006 30 96 900	01	0	0	0	0
	13	0	0	0	0
	15	0	0	37,40	0
1006 30 98 100	—	—	—	—	—
1006 30 98 900	—	—	—	—	—
1006 40 00 000	—	—	—	—	—

(1) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen :

- 01 Österreich, Liechtenstein, die Schweiz, die Gebiete der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia,
- 02 Drittländer, mit Ausnahme von Österreich, Liechtenstein, der Schweiz und der Gebiete der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia,
- 03 die Zone I,
- 04 Drittländer, mit Ausnahme von Österreich, Liechtenstein, der Schweiz, der Gebiete der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia und den Ländern der Zone I,
- 05 die Zonen I, II, III und VI,
- 06 die Zonen IV a), IV b), V a), VII c) und VIII a), Mit Ausnahme von Surinam, Guyana und Madagaskar,
- 08 die Zone VI,
- 09 die Kanarischen Inseln, Ceuta und Melilla,
- 10 die Zone V a),
- 11 die Zone VII c),
- 12 Kanada,
- 13 die Bestimmungen, genannt in Artikel 34 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1),
- 14 die Zone VIII, mit Ausnahme von Surinam, Guyana und Madagaskar,
- 15 die Zonen I, II, III, IV, V, VI und VIII, mit Ausnahme von Surinam, Guyana und Madagaskar.

NB: Die Zonen sind diejenigen, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1124/77 der Kommission (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1977, S. 53), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3049/89 (ABl. Nr. L 292 vom 11. 10. 1989, S. 10), bestimmt sind.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2140/91 DER KOMMISSION
vom 19. Juli 1991
zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Reis und Bruchreis

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates
vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1806/91 ⁽²⁾, und insbesondere auf Artikel 17
Absatz 2 fünfter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Reis und
Bruchreis anzuwenden sind, wurden durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 2118/91 der Kommission ⁽³⁾ festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG)
Nr. 2118/91 enthaltenen Vorschriften und Durchfüh-
rungsbestimmungen auf die Angaben, über die die

Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß die
gegenwärtig geltenden Ausfuhrerstattungen entsprechend
dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1, ausge-
nommen die in Absatz 1 Buchstabe c), der Verordnung
(EWG) Nr. 1418/76 genannten Erzeugnisse im ursprüng-
lichen Zustand, festgesetzt im Anhang der Verordnung
(EWG) Nr. 2118/91, werden gemäß den im Anhang
genannten Beträgen abgeändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 177 vom 24. 6. 1989, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 196 vom 19. 7. 1991, S. 14.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Reis und Bruchreis

<i>(ECU / Tonne)</i>		
Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Erstattungsbetrag
1006 20 11 000	—	—
1006 20 13 000	01	180,48
1006 20 15 000	01	180,48
1006 20 17 000	—	—
1006 20 92 000	—	—
1006 20 94 000	01	180,48
1006 20 96 000	01	180,48
1006 20 98 000	—	—
1006 30 21 000	—	—
1006 30 23 000	01	180,48
1006 30 25 000	01	180,48
1006 30 27 000	—	—
1006 30 42 000	—	—
1006 30 44 000	01	180,48
1006 30 46 000	01	180,48
1006 30 48 000	—	—
1006 30 61 100	01	225,60
	05	231,60
	06	236,60
	09	231,60
	12	236,60
	13	225,60
1006 30 61 900	—	—
1006 30 63 100	01	225,60
	05	231,60
	06	236,60
	09	231,60
	12	236,60
	13	225,60
1006 30 63 900	01	225,60
	13	225,60
1006 30 65 100	01	225,60
	05	231,60
	06	236,60
	09	231,60
	12	236,60
	13	225,60
1006 30 65 900	01	225,60
	13	225,60
1006 30 67 100	—	—
1006 30 67 900	—	—

(ECU / Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Erstattungsbetrag
1006 30 92 100	01	225,60
	05	231,60
	06	236,60
	09	231,60
	12	236,60
	13	225,60
1006 30 92 900	01	225,60
	13	225,60
	15	176,00
1006 30 94 100	01	225,60
	05	231,60
	06	236,60
	09	231,60
	12	236,60
	13	225,60
1006 30 94 900	01	225,60
	13	225,60
	15	168,00
1006 30 96 100	01	225,60
	05	231,60
	06	236,60
	09	231,60
	12	236,60
	13	225,60
1006 30 96 900	01	225,60
	13	225,60
	15	168,00
1006 30 98 100	—	—
1006 30 98 900	—	—
1006 40 00 000	—	—

(1) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen :

- 01 Österreich, Liechtenstein, die Schweiz, die Gebiete der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia,
- 02 Drittländer, mit Ausnahme von Österreich, Liechtenstein, der Schweiz und der Gebiete der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia,
- 03 die Zone I,
- 04 Drittländer, mit Ausnahme von Österreich, Liechtenstein, der Schweiz, der Gebiete der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia und den Ländern der Zone I,
- 05 die Zonen I, II, III und VI,
- 06 die Zonen IV a), IV b), V a), VII c) und VIII, mit Ausnahme von Surinam, Guyana und Madagaskar,
- 08 die Zone VI,
- 09 die Kanarischen Inseln, Ceuta und Melilla,
- 10 die Zone V a),
- 11 die Zone VII c),
- 12 Kanada,
- 13 die Bestimmungen, genannt in Artikel 34 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission (ABl. Nr. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1),
- 14 die Zone VIII, mit Ausnahme von Surinam, Guyana und Madagaskar,
- 15 Die Zone I, die Zone II, die Zone III, die Zone IV, die Zone V, die Zone VI und die Zone VIII, mit Ausnahme von Surinam, Guyana und Madagaskar.

NB : Die Zonen sind diejenigen, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1124/77 der Kommission (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1977, S. 53), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3049/89 (ABl. Nr. L 292 vom 11. 10. 1989, S. 10), bestimmt sind.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2141/91 DER KOMMISSION
vom 19. Juli 1991
zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 464/91 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16
Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker zu
erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung
(EWG) Nr. 1849/91 der Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 2119/91 ⁽⁴⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG)
Nr. 1849/91 enthaltenen Bestimmungen auf die Angaben,
von denen die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer
Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen wie
im Anhang zu dieser Verordnung angegeben.

Um ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Abschöp-
fungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-

nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtig-
ungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des
Rates ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 2205/90 ⁽⁶⁾,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs,
der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der
Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem
bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrech-
nungskurse stützt und auf den der im vorausgehenden
Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 18. Juli 1991 festge-
stellten Kurse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EWG)
Nr. 1785/81 genannten Abschöpfungen auf Rohzucker
der Standardqualität und auf Weißzucker sind im Anhang
festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 5. 7. 1991, S. 14.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1991, S. 22.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 168 vom 29. 6. 1991, S. 16.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 196 vom 19. 7. 1991, S. 18.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

(ECU/100 kg)

KN-Code	Abschöpfungsbetrag
1701 11 10	33,54 ⁽¹⁾
1701 11 90	33,54 ⁽¹⁾
1701 12 10	33,54 ⁽¹⁾
1701 12 90	33,54 ⁽¹⁾
1701 91 00	38,11
1701 99 10	38,11
1701 99 90	38,11 ⁽²⁾

⁽¹⁾ Nach den Bestimmungen des Artikels 2 oder 3 der Verordnung (EWG) Nr. 837/68 der Kommission (ABl. Nr. L 151 vom 30. 6. 1968, S. 42) berechneter Abschöpfungsbetrag.

⁽²⁾ Dieser Betrag gilt gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 außerdem für aus Weiß- und Rohzucker gewonnenen Zucker, dem andere Stoffe als Aroma- oder Farbstoffe zugesetzt sind.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2142/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 464/91 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 19 Absatz 4 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker anzuwenden sind, wurden durch die Verordnung (EWG) Nr. 2096/91 der Kommission ⁽³⁾ festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 2096/91 enthaltenen Modalitäten auf die Angaben, über die die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu,

daß die derzeit geltenden Ausfuhrerstattungen entsprechend dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten und nicht denaturierten Erzeugnisse, die im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 2096/91 festgesetzt wurden, werden wie im Anhang angegeben geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.⁽²⁾ ABl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1991, S. 22.⁽³⁾ ABl. Nr. L 195 vom 18. 7. 1991, S. 13.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

(in ECU)

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung	
	je 100 kg	je 1 v. H. Saccharosegehalt je 100 kg des betreffenden Erzeugnisses
1701 11 90 100	33,56 ⁽¹⁾	
1701 11 90 910	32,60 ⁽¹⁾	
1701 11 90 950	⁽²⁾	
1701 12 90 100	33,56 ⁽¹⁾	
1701 12 90 910	32,60 ⁽¹⁾	
1701 12 90 950	⁽²⁾	
1701 91 00 000		0,3648
1701 99 10 100	36,48	
1701 99 10 910	35,44	
1701 99 10 950	32,94	
1701 99 90 100		0,3648

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 766/68 errechnet.

⁽²⁾ Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. Nr. L 255 vom 26. 9. 1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. Nr. L 309 vom 21. 11. 1985, S. 14).

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2143/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Änderung des Grundbetrags der Einfuhrabschöpfung für Sirupe und bestimmte andere Erzeugnisse des Zuckersektors

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 464/91⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Einfuhrabschöpfungen für Sirupe und andere Erzeugnisse des Zuckersektors wurden durch die Verordnung (EWG) Nr. 1852/91 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2088/91⁽⁴⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 1852/91 enthaltenen Bestimmungen auf die Angaben, von denen die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung des zur Zeit gültigen Grundbetrags der Abschöpfung für Sirupe und andere Erzeugnisse des Zuckersektors, wie in dieser Verordnung angegeben.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-

nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁶⁾,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs, der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrechnungskurse stützt und auf den der im voraufgehenden Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Grundbeträge der Abschöpfung bei der Einfuhr der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten Erzeugnisse, festgesetzt im Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 1852/91, werden gemäß den im Anhang zu dieser Verordnung genannten Beträgen abgeändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ Abl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ Abl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1991, S. 22.

⁽³⁾ Abl. Nr. L 168 vom 29. 6. 1991, S. 22.

⁽⁴⁾ Abl. Nr. L 193 vom 17. 7. 1991, S. 21.

⁽⁵⁾ Abl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ Abl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 19. Juli 1991 zur Änderung des Grundbetrags der Einfuhrabschöpfung für Sirupe und bestimmte andere Erzeugnisse des Zuckersektors

(in ECU)

KN-Code	Grundbetrag je 1 v. H. Saccharosegehalt je 100 kg des betreffenden Erzeugnisses	Betrag der Abschöpfung für 100 kg Trockenstoff
1702 20 10	0,3811	—
1702 20 90	0,3811	—
1702 30 10	—	49,88
1702 40 10	—	49,88
1702 60 10	—	49,88
1702 60 90	0,3811	—
1702 90 30	—	49,88
1702 90 60	0,3811	—
1702 90 71	0,3811	—
1702 90 90	0,3811	—
2106 90 30	—	49,88
2106 90 59	0,3811	—

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2144/91 DER KOMMISSION

vom 19. Juli 1991

zur Durchführung einer besonderen Interventionsmaßnahme in Form einer Beihilfe für die private Lagerhaltung für in Griechenland erzeugten Hartweizen zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1991/92

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3577/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 8 Absätze 1 und 3,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1582/86 des Rates vom 23. Mai 1986 über besondere Interventionsmaßnahmen für Getreide⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Hartweizenernte 1991, die in Griechenland sehr früh erfolgt und sehr umfangreich ist, bringt insbesondere dadurch, daß sie die regionalen Bedürfnisse weit übersteigt, Absatzprobleme mit sich. Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, daß zum Zeitpunkt der Eröffnung der Intervention erhebliche Mengen angeliefert werden. Es sind die erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 2050/91 der Kommission⁽⁴⁾ wurde eine erste Maßnahme in Form einer Sonderausschreibung für die Ausfuhr von Hartweizen aus Griechenland getroffen. Diese Maßnahme kann jedoch jetzt noch keine Wirkung zeigen. Daher sind zur Entlastung des Hartweizenmarktes in Griechenland unmittelbar nach der Ernte ergänzende Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise Abschluß von privaten Lagerhaltungsverträgen zwischen den Besitzern von Hartweizenbeständen und der griechischen Interventionsstelle bei Gewährung einer Lagerhaltungsprämie.

Bei den Mengen, die Gegenstand eines privaten Lagerhaltungsvertrags sind, müssen die Mindestqualitätskriterien für die Intervention gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1569/77 der Kommission vom 11. Juli 1977 über das Verfahren und die Bedingungen für die Übernahme von Getreide durch die Interventionsstellen⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1841/90⁽⁶⁾, eingehalten werden.

Außerdem sind die erforderlichen Durchführungsvorschriften für die ordnungsgemäße Verwaltung der betreffenden Maßnahme vorzusehen.

Der Verwaltungsausschuß für Getreide hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die griechische Interventionsstelle schließt mit den Besitzern von in Griechenland erzeugtem Hartweizen auf deren Antrag Lagerhaltungsverträge zu den in dieser Verordnung vorgesehenen Bedingungen.

(2) Diese besondere Interventionsmaßnahme bezieht sich auf eine Gesamtmenge von 250 000 Tonnen.

Artikel 2

(1) Die besondere Interventionsmaßnahme gemäß dieser Verordnung umfaßt den Abschluß von Verträgen zwischen der griechischen Interventionsstelle und den Besitzern von Hartweizen. In diesen Verträgen ist folgendes vorgesehen :

a) Die Besitzer verpflichten sich, ab dem Tag der Antragstellung bis zum 30. September 1991 eine bestimmte Hartweizenmenge an einem bestimmten Lagerort, an dem die Erhaltung der Qualitätsmerkmale gewährleistet werden kann, getrennt zu lagern.

b) Die griechische Interventionsstelle gewährt den Besitzern nach Ablauf der in Buchstabe a) vorgesehenen Lagerzeit zur Deckung der Kosten eine Tagesprämie, die pauschal auf 0,13 ECU/Tonne festgesetzt wird.

Den Getreidebesitzern kann diese Tagesprämie für den betreffenden Lagerzeitraum jedoch höchstens ab 1. Juli 1991 gewährt werden, sofern sie den Nachweis für die Lagerung während dieses Zeitraums oder eines Teils dieses Zeitraums erbringen.

(2) Unbeschadet einer Anwendung von Artikel 5 wird die in Absatz 1 Buchstabe b) genannte Prämie für die Menge gewährt, die ständig am Lagerort eingelagert ist. Für die Anwendung dieses Absatzes wird jedoch eine Toleranzspanne von 3 kg je Tonne eingeräumt.

(3) Die Interventionsstelle kontrolliert das Vorhandensein der Lagerbestände der Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragstellung. Sie vergewissert sich außerdem durch Stichproben, daß die eingegangene Verpflichtung während des diesbezüglichen Zeitraums auch eingehalten wird.

Zu diesem Zweck gelten die Bedingungen von Artikel 3 Absatz 6 Buchstabe b) sowie die Absätze 7 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1569/77.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 139 vom 26. 5. 1986, S. 38.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 187 vom 13. 7. 1991, S. 10.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 174 vom 14. 7. 1977, S. 15.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 168 vom 30. 6. 1990, S. 14.

Artikel 3

(1) Besitzer, die sich in dieser Weise zu verpflichten beabsichtigen, müssen unter Angabe der betreffenden Menge, die weder weniger als 1 000 Tonnen noch mehr als 50 000 Tonnen betragen darf, bei der Interventionsstelle vor dem 20. Juli 1991 einen schriftlichen Antrag einreichen, der als feste Verpflichtung gilt.

Der Antrag ist nur gültig, wenn ihm der Nachweis beigelegt ist, daß der Besitzer eine Sicherheit in Höhe von 5 ECU/Tonne geleistet hat.

(2) Überschreiten die Gesamtmengen, für die Besitzer sich verpflichten wollen, die in Artikel 1 Absatz 2 vorgesehenen Mengen, so teilt die Interventionsstelle die Mengen, die Gegenstand der Verpflichtung werden und den Kriterien von Artikel 4 entsprechen, nach Maßgabe der von jedem Besitzer angebotenen Mengen auf.

(3) Die Interventionsstelle teilt den Besitzern vor dem 31. Juli 1991 schriftlich mit, auf welche Mengen sich die Verpflichtung erstrecken wird. Führt die Aufteilung zur Annahme einer Menge von weniger als 200 Tonnen, so kann der Besitzer auf seine Verpflichtung verzichten.

(4) Die Hauptpflichten im Sinne von Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2220/85 der Kommission⁽¹⁾ sind folgende :

- Ein Antrag auf Abschluß eines Vertrages darf nicht zurückgezogen werden ;
- die im Vertrag genannten Mengen sind unbeschadet von Artikel 5 auf Lager zu halten.

(5) Die Sicherheit gemäß Absatz 1 wird für die Mengen freigegeben, für die der Antrag nicht berücksichtigt wird.

Artikel 4

Damit die in dieser Verordnung vorgesehene besondere Interventionsmaßnahme angewendet werden kann, muß der Hartweizen gesund und handelsüblich im Sinne von Artikel 2 Ansätze 2 und 4 zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 1569/77 sein.

Artikel 5

(1) Der Lagerhalter ist ermächtigt, seine Verpflichtung für die gesamte oder einen Teil der Menge, die Gegenstand des Lagervertrags ist, auf Antrag und Vorlage einer im Rahmen der Sondermaßnahme gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2050/91 erteilten Ausfuhrlizenz enden zu lassen. Die Verordnung (EWG) Nr. 569/88 der Kommission⁽²⁾ gilt entsprechend.

(2) Die Prämie wird für die Lagerzeit gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) bis zum Tag der Erteilung der

Ausfuhrlizenz im Sinne von Artikel 21 der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 der Kommission⁽³⁾ gewährt.

Artikel 6

(1) Die Beihilfe wird höchstens für die Vertragsmenge gezahlt.

Ist die während der vertraglichen Lagerzeit tatsächlich gelagerte Menge niedriger als die Vertragsmenge und

- a) beläuft sie sich auf mindestens 90 % dieser Menge, so wird die Beihilfe entsprechend gekürzt ;
- b) beläuft sie sich auf weniger als 90 %, jedoch mindestens auf 80 % dieser Menge, so wird die Beihilfe für die tatsächlich gelagerte Menge um die Hälfte gekürzt ;
- c) beläuft sie sich auf weniger als 80 % dieser Menge, so wird keine Beihilfe gezahlt.

(2) Die zuständigen Behörden zahlen die Beihilfe so bald wie möglich und spätestens am 30. November 1991.

Artikel 7

(1) Griechenland wacht darüber, daß die Bedingungen für den Anspruch auf die Beihilfe eingehalten werden.

(2) Der Vertragspartner hält nach Verträgen geordnet alle Unterlagen zur Verfügung der Interventionsstelle, die bezüglich der Erzeugnisse in privater Lagerhaltung insbesondere folgendes belegen :

- a) die Eigentumsverhältnisse zum Zeitpunkt der Einlagerung ;
- b) die Menge und den Tag der Einlagerung ;
- c) das Vorhandensein der Erzeugnisse im Lager.

(3) Der Vertragspartner oder gegebenenfalls an seiner Stelle der Lagerhausbetreiber führt eine am Lagerhaus verfügbare Bestandsbuchhaltung, aus der folgendes ersichtlich ist :

- a) die Identifizierung der Erzeugnisse in privater Lagerhaltung ;
- b) der Tag der Einlagerung und die Tage der tatsächlichen Auslagerung ;
- c) der Ort der Lagerung im Lagerhaus.

(4) Die gelagerten Erzeugnisse müssen leicht identifizierbar sein und getrennt nach Verträgen gelagert werden.

(5) Die Interventionsstelle

- a) kontrolliert für jeden Vertrag die Einhaltung aller in Artikel 2 genannten Verpflichtungen ;
- b) überprüft durch Stichproben ohne Vorankündigung das Vorhandensein der Erzeugnisse im Lagerhaus ;
- c) kontrolliert systematisch das Vorhandensein der Erzeugnisse im Lagerhaus im Laufe der letzten Woche der vertraglichen Lagerzeit.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 205 vom 3. 8. 1985, S. 5.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 55 vom 1. 3. 1988, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 331 vom 2. 12. 1988, S. 1.

(6) Die gemäß Absatz 5 durchgeführten Kontrollen müssen durch einen Bericht belegt werden, aus dem

- der Zeitpunkt der Kontrolle,
- deren Dauer und
- die durchgeführten Maßnahmen

hervorgehen.

Dieser Kontrollbericht muß vom Kontrollbeauftragten unterzeichnet und vom Vertragspartner oder gegebenenfalls vom Lagerhausbetreiber gegengezeichnet werden und muß in den Zahlungsunterlagen enthalten sein.

Artikel 8

Wird festgestellt und von der Interventionsstelle überprüft, daß ein Vertragspartner bei der Erklärung gemäß Artikel 3 vorsätzlich oder grob fahrlässig falsche Angaben gemacht hat, so wird dieser von der Regelung gemäß dieser Verordnung ausgeschlossen.

Artikel 9

- (1) Griechenland teilt der Kommission alle zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Vorschriften mit.
- (2) Griechenland teilt der Kommission fernschriftlich oder durch Telekopie folgendes mit:

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juli 1991

- a) vor dem 31. Juli die Mengen, für die Vertragsabschlüsse beantragt wurden, sowie die Mengen, für die Verträge abgeschlossen worden sind;
- b) monatlich die tatsächlich einlagernden Erzeugnisse und Gesamt mengen sowie die Gesamt mengen, für die die Lagerzeit gemäß Artikel 5 beendet ist.

Artikel 10

Der Umrechnungskurs für die verschiedenen Beträge dieser Verordnung ist der am 1. Juli 1991 geltende repräsentative Kurs.

Artikel 11

Dieser Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 1. Juli 1991.

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 26. Juni 1991

über den Abschluß des Weizenhandels-Übereinkommens 1986 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986, die zusammen das Internationale Weizen-Übereinkommen 1986 bilden, in der bis zum 30. Juni 1993 verlängerten Fassung

(91/367/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 113 und 116,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Das Weizenhandels-Übereinkommen 1986 und das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen 1986, die zusammen das Internationale Weizen-Übereinkommen 1986 bilden, sind von der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten am 26. Juni 1986 unterzeichnet worden.

Die Anwendung des Internationalen Weizen-Übereinkommens erfordert im Falle der Nahrungsmittelhilfe das gleichzeitige Handeln der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten.

Alle Mitgliedstaaten haben ihre Absicht bekundet, das Übereinkommen anzuwenden.

Mit dem Beschluß 86/304/EWG⁽¹⁾ hat die Gemeinschaft in ihrer Eigenschaft als Einfuhrmitglied dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ihre Absicht bekundet, das Weizenhandels-Übereinkommen 1986 und das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen 1986, die zusammen das Internationale Weizen-Übereinkommen 1986 bilden, in Erwartung der Durchführung der zu seinem Abschluß notwendigen internen Verfahren vorläufig anzuwenden.

Das Internationale Weizen-Übereinkommen sollte genehmigt werden —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft genehmigt das Weizenhandels-Übereinkommen 1986 und das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen 1986, die zusammen das Internationale Weizen-Übereinkommen 1986 bilden.

Der Wortlaut dieser Übereinkommen ist dem Beschluß 86/304/EWG beigefügt.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten notifizieren dem Generalsekretär der Vereinten Nationen gleichzeitig ihre Annahme des Internationalen Weizen-Übereinkommens 1986 in der bis zum 30. Juni 1993 verlängerten Fassung, sobald sie die hierzu notwendigen internen Verfahren durchgeführt haben.

Artikel 2

Der Präsident des Rates wird ermächtigt, die Person zu bestellen, die befugt ist, die Genehmigungsurkunde im Namen der Gemeinschaft zu hinterlegen.

Artikel 3

Dieser Beschluß wird im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Geschehen zu Luxemburg am 26. Juni 1991.

Im Namen des Rates

Der Präsident

R. STEICHEN

(¹) ABl. Nr. L 195 vom 17. 7. 1986, S. 1.